

FLÜCHTLINGSSITUATION IM LANDKREIS

Interview

„Bereits jetzt haben wir 250 bis 300 Plätze zu wenig“

Petra Alger und Heiko Schmid sprechen über die Flüchtlingssituation im Kreis

BIBERACH - Die Flüchtlingssituation in Deutschland spitzt sich immer weiter zu. Die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge steigen stetig. Nach neuesten Schätzungen sollen in diesem Jahr bis zu 800 Flüchtlinge im Landkreis Biberach ankommen. Diese Menschen brauchen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sie müssen auch medizinisch versorgt werden und sollen in unserer Gesellschaft ihren Platz finden. All dies und noch viel mehr versucht der Kreis in den Griff zu bekommen. Redakteurin Tanja Bosch hat mit Landrat Heiko Schmid und Sozialdezernentin Petra Alger über dieses aktuelle und wichtige Thema gesprochen.

Frau Alger, Herr Schmid, wie ist die aktuelle Situation im Landkreis Biberach?

Schmid: Es ist deutlich drastischer und schärfer gekommen, als wir es erwartet hatten.

Alger: Wir können einfach nicht planen. Vor sechs Wochen hieß es laut Prognose, dass 28 000 Flüchtlinge 2015 nach Baden-Württemberg kommen sollen. Wir haben bereits mit 30 000 geplant, seit Montag gibt es eine neue Prognose, die vorausagt, dass 40 000 Menschen ins Land kommen sollen. 1,94 Prozent davon müssen wir im Kreis aufnehmen. Die Zahlen erhöhen sich stetig, das stellt uns vor große Herausforderungen.

Ist der Kreis diesen Herausforderungen gewachsen?

Schmid: Momentan Ja. Aber wir müssen, was beispielsweise die Unterkünfte betrifft, schnell handeln. 2014 waren wir noch hoffnungsfroh und dachten, die bestehenden Liegenschaften reichen jetzt aus. Jetzt merken wir, dass wir damit nicht weiterkommen.

Alger: Das sind schon Dimensionen, bei denen wir jetzt angekommen sind, die schwer zu stemmen sind. Der Vorlauf fehlt, wir müssen sofort reagieren und die Plätze für die Flüchtlinge so schnell wie möglich zur Verfügung stellen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass wir schon 250 bis 300 Plätze zu wenig haben. Das muss in den nächsten sechs Wochen geregelt sein.

Wo sollen die zusätzlichen 250 bis 300 Plätze geschaffen werden?

Schmid: Es laufen Gespräche mit den Städten Biberach und Laupheim. 2014 dachten wir, wir kommen ohne Container oder Systembauten



Bis zu 800 Flüchtlinge könnten 2015 im Kreis Biberach ankommen: Sozialdezernentin Petra Alger und Landrat Heiko Schmid sprechen mit Redakteurin Tanja Bosch (rechts) über die Flüchtlingsproblematik. FOTO: BERND SCHWARZENDORFER

hin, jetzt merken wir, das wird nichts. An diesen Lösungen arbeiten wir gerade mit Nachdruck.

Alger: In Biberach beispielsweise hätten wir alle Möglichkeiten für Integration, leider ist Biberach was die Zahlen der Flüchtlinge angeht, etwas unterrepräsentiert. Die Zahl der Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften und einer Anschlussunterbringung leben, ist gemessen an der Bevölkerungsdichte viel geringer als beispielsweise in Riedlingen oder Ochsenhausen.

Gibt es bereits Pläne für Biberach?

Schmid: Es gibt Gespräche und Überlegungen mit der Stadt, die Stadt hat uns ihre Unterstützung zugesagt.

Können Sie darüber etwas Konkretes sagen?

Schmid: Dazu ist es noch zu früh.

Haben Sie das Gefühl, den Menschen geht es bei uns gut?

Schmid: Ja, schon. Sie sind dankbar, dass es bei uns friedlich zugeht, dass sie nicht um Leib und Leben fürchten müssen, und dass es ausreichend zu essen gibt. Häufig aber bringen

die Menschen auch ein großes „Sorgenpaket“ mit hierher.

Alger: Viele Menschen haben schlimme Dinge in ihrer Heimat oder auch auf der Flucht erlebt, das offenbaren sie natürlich nicht sofort. Viele sind schwer traumatisiert und benötigen professionelle Hilfe.

Wie gehen die Bürger hier mit den Flüchtlingen um?

Alger: Wir spüren eine sehr positive Grundstimmung in der Bevölkerung. Es gibt viele Menschen, die ihre Hilfe anbieten. Aber natürlich gibt es auch Ängste und Sorgen, die wir ernst nehmen. Am meisten betroffen sind natürlich unmittelbare Anwohner, sie haben Angst, dass beispielsweise ihr Haus nichts mehr wert ist oder dass ihre Kinder in Gefahr sind. Dem müssen wir begegnen.

Wie gehen Sie dabei vor?

Schmid: Wir haben eine klare Kommunikationsstruktur: erst der Bürgermeister, dann der Gemeinderat, dann die unmittelbaren Anwohner, dann die Öffentlichkeit und meistens noch eine Infoveranstaltung. Die direkt betroffenen Menschen

vor Ort sollen nicht zuerst aus der Presse erfahren, was wir planen.

Alger: Bei diesem Thema gehen wir feinfühlig vor, die Menschen wollen informiert werden und sind sehr emotional. Da müssen sich unsere Mitarbeiter bei den Infoveranstaltungen manchmal schon einiges anhören, aber dem muss man sich stellen.

Was muss geschehen, damit Flüchtlinge nicht als Problem wahrgenommen werden?

Schmid: Wir müssen unsere Willkommenskultur nicht nur äußern, sondern auch leben. Wir müssen die Barrieren niederreißen und uns mit den Menschen auseinandersetzen, ihnen begegnen. Ich habe es selbst gespürt, man tut sich wesentlich leichter, wenn man auf die Menschen zugeht, mit ihnen ins Gespräch kommt. Es geht darum, Flüchtlinge so zu behandeln, wie man behandelt werden wollte, wenn man selbst zum Flüchtling wird.

Der Landkreis Biberach ist bekannt für sein starkes ehrenamtliches Engagement. Wie sieht die Hilfsbereitschaft tatsächlich aus?
Schmid: Es gibt eine hohe Bereit-

schaft, mehr als 300 Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Auch die beiden Kirchen engagieren sich in hohem Maß. Mit dem Kreis wurde eine Konzeption der ökumenischen Flüchtlingsarbeit abgestimmt. Die beiden Kirchen, Caritas und Diakonie helfen vor allem beim Aufbau ehrenamtlicher Netzwerke vor Ort, wenn das gewünscht ist. Ich bin sehr dankbar, dass wirklich alle an einem Strang ziehen, anders wäre die ganze Thematik nicht zu stemmen.
Alger: Die Bürger engagieren sich wirklich sehr, wir hoffen dass das auch so bleibt. Wir haben aber auch die Befürchtung, dass sich manche überfordern. Umso wichtiger ist eine fachliche Begleitung.

Können Sie das mit der Personalsituation gewährleisten?

Alger: Momentan sind wir, was das Personal betrifft, gut aufgestellt. Wir konnten einige offene Stellen mit engagierten und fähigen Leuten besetzen. Für 2015 haben wir insgesamt 24,5 Stellen zur Verfügung. 2014 waren es 13. Wenn allerdings deutlich mehr Flüchtlinge kommen als geplant, dann müssen wir auch hier nachjustieren.

Schwäb. Zeitung v. 2.3.2015